



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

General Electric: Debakel für die Schweiz

Nach Abschluss des Mitte Juni begonnenen Konsultationsverfahrens bei GE Power Schweiz hat das amerikanische Unternehmen heute den Abbau von 410 Stellen bestätigt. 220 Personen erhalten die Kündigung, 70 Personen können zu Infosys wechseln und rund 40 werden frühpensioniert. Die Gewerkschaft Unia kritisiert den Stellenabbau.

Bei GE Power Schweiz kommt es zu einem Kahlschlag. 410 Stellen sollen an den Standorten in Birr und Baden AG abgebaut werden, 220 Personen werden entlassen, geschätzte 40 frühpensioniert, für 70 Personen konnte bei der Firma Infosys eine Nachfolgelösung gefunden werden. Für die Entlassenen existiert ein Sozialplan. Nach 2016 (900 Stellen) und 2018 (rund 1'200 Stellen) ist dies bereits der dritte massive Abbau bei GE. Innerhalb von nur drei Jahren hat der amerikanische Mischkonzern damit allein im Aargau rund 2'500 Stellen abgebaut. Einzig der Personalvertretung sowie den Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass der ursprünglich geplante Abbau von 450 Stellen um 40 Arbeitsplätze reduziert und zudem ein Teil des Abbaus über Frühpensionierungen und Transfers zu Infosys aufgefangen werden kann.

Debakel für die bundesrätliche „Laissez-faire“-Politik

Mitverantwortlich für dieses Debakel ist an vorderster Front die unverantwortliche Politik des „Laissez-faire“ des Bundesrates. In einem eigentlichen Totalversagen anlässlich der Übernahme von Alstom durch GE hat es der Bundesrat versäumt, sich von GE klare Garantien für die bestehenden Schweizer Produktionsstandorte geben zu lassen und hat auch im Rahmen des jetzigen Konsultationsverfahrens keinerlei Bedingungen an GE gestellt. Seit 2016 hat der US-Konzern Tausende Stellen vernichtet. Von den ursprünglich rund 5'300 Stellen werden innert nur vier Jahren nur noch die Hälfte bleiben.

In dieses Bild des politischen Totalversagens passt auch, dass GE in seinen Rechtfertigungen dieses Abbaus von einer unverständlich schwachen Entwicklung im betroffenen Markt und äusserst pessimistischen Annahmen ausgeht. Es ist mehr als fraglich, ob diese Annahmen eintreffen wie die Arbeitnehmerseite im Rahmen der Konsultation auf europäischer Ebene aufzeigt hat.

2'000 Unterschriften gegen den Stellenabbau

Umso mehr ist klar, dass der erneute Abbau einzig im Dienst der Profitinteressen eines amerikanischen Unternehmens steht, statt im Dienst einer industriellen Logik und der Sicherung des Schweizer Werk- und Denkplatzes. Es braucht von GE nun eine mittel- bis langfristige Strategie für das Power-Geschäft und den gesamten Standort Schweiz.

Dies fordern auch die Arbeitnehmenden des Unternehmens wie die rund 2'000 Unterschriften einer heute an die Geschäftsleitung Schweiz übergebene Petition zeigt, für welche im Unternehmen und online gesammelt wurde.

Weitere Informationen:

Manuel Wyss, Branchenleiter MEM-Industrie Unia

Serge Gnos, Leiter Kommunikation Unia

Unia Schweiz, Medienmitteilung, 28.10.2019.

Unia Schweiz > General Electric. Stellenabbau. Unia Schweiz, 2019-10-28